Inhaltlicher Antrag

Antrag an die...

Initiator*innen: Studentischer Konvent Julius-Maximilians-Universität
Würzburg

Titel: EUrope Respect Human Rights NOW!

Antragstext

1 Der freie Zusammenschluss von Student*innenschaften möge beschließen, sich dem
2 Positionspapier *EUrope Respect Human Rights NOW!* der Studierenden der
3 Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt anzuschließen und sich unmissverständlich
4 gegen Menschenrechtsverletzungen durch die Europäische Union und ihre
5 Mitgliedstaaten auszusprechen.

6 **Positionspapier**
7 **EUrope Respect Human Rights NOW!**

8 Als Dachverband „freier Zusammenschluss von Student*innenschaften (fzs)
9 e.V.“ positionieren wir uns mit den Studierenden des Master Programms
10 *International Social Work with Refugees and Migrants* an der Fachhochschule
11 Würzburg- Schweinfurt (FHWS) gegen Menschenrecherechtsverletzungen durch die EU
12 und ihre Mitgliedstaaten. Die Studierenden der FHWS besuchten im Herbst
13 unterschiedlichste Nichtregierungs- und Regierungsorganisationen in Griechenland
14 sowie drei verschiedene Lager für Geflüchtete, darunter auch das Aufnahme- und
15 Registrierungszentrum in Moria/Lesvos. Was in und rund um dieses Lager
16 geschieht, ist nur schwer in Worten zu fassen.[1] Dennoch sehen wir es als
17 Dachverband als unsere Aufgabe und Pflicht nicht weiter untätig zuzusehen.

18 Der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Migranten hat in
19 seinem Bericht von 2017 bereits darauf hingewiesen, dass gefängnisähnliche
20 Lager, wie das Aufnahmezentrum in Moria, als Abschreckungsmittel eingesetzt
21 werden. Er betonte, dass das Festhalten schutzsuchender Personen, die keine
22 Gefahr für die Gesellschaft darstellen, unzulässig ist.[2] Außerdem
23 bezeichnete er die Lebensbedingungen in den Aufnahmezentren der ägäischen

24 Inseln als alarmierend und berichtete, dass es in den Lagern keinen
25 ausreichenden Zugang zu Nahrung, medizinischer Versorgung und sanitären
26 Einrichtungen gebe.[3] Zum Zeitpunkt des Besuchs des Sonderberichterstatters im
27 Jahr 2017 waren 3000 Menschen in dem Aufnahmezentrum in Moria untergebracht.
28 Anfang Oktober 2019 waren es 14 000 Menschen, gegenwärtig (Stand Januar 2020)
29 sind es 19 200 [4] und täglich kommen weitere schutzsuchende Menschen auf
30 Lesbos an. Nach Angaben von Pro Asyl sind gegenwärtig über 40% der
31 schutzsuchenden Menschen auf Lesbos Kinder.[5] Die Situation hat sich demnach
32 seit dem Besuch des UN- Sonderberichterstatters im Jahr 2017 in keiner Weise
33 verbessert. Im Gegenteil: Die Verletzungen der Würde und Rechte der Menschen,
34 die auf den ägäischen Inseln festgehalten werden, nahmen durch die Politik der
35 EU und ihrer Mitgliedsstaaten weiter zu.

36 Das Wort *unmenschlich* reicht nicht aus, um den Zustand in dem Aufnahmezentrum in
37 Moria zu beschreiben. Wir sind entsetzt und zutiefst beschämt über das Elend,
38 das EU Mitgliedsstaaten tagtäglich erzeugen und bereitwillig in Kauf nehmen, um
39 zu verhindern, dass Menschen auf europäischem Boden um Schutz bitten. Besucht
40 man das Lager, findet man Kinder, die auf Pappe auf dem Boden schlafen. Man
41 blickt in Augen, die mit Hoffnung gefüllt sind und in Augen, die müde und
42 stumpf geworden sind. Man begegnet Menschen, die auf Lesbos mit Geflüchteten
43 arbeiten und sich mit aller Kraft dafür einsetzen, deren Situation zu
44 verbessern. Menschen die erschöpft und ausgezehrt wirken. Menschen, deren
45 Arbeitsumfeld ein Lager ist, das die Hoffnung und Zuversicht aller, die in
46 diesem Umfeld leben oder arbeiten, zerstört.

47 Es entsteht der Eindruck in eine schwerwiegende humanitäre Krise geraten zu
48 sein, nur um festzustellen, dass es sich nicht um eine Krise handelt, sondern um
49 einen bewusst herbeigeführten und beabsichtigten Zustand. Das gewollte Ergebnis
50 einer wissentlich getroffenen Entscheidung. Einer gefährlichen Entscheidung.
51 Gefährlich für das Leben der Menschen, die auf den ägäischen Inseln
52 festgehalten werden aber auch gefährlich für das Fundament auf dem die
53 Europäische Union gegründet wurde. Denn die Grundwerte der Europäischen Union
54 werden durch diese Entscheidung nicht nur verletzt, sie werden verhöhnt und mit
55 Füßen getreten.

56 Denn es existiert KEINE ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE UND DER MENSCHENRECHTE,
57 wenn wir zulassen, dass schutzsuchende Menschen unter Bedingungen festgehalten
58 werden, die ihr Leben bedrohen.

59 Es existiert KEINE ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE UND DER MENSCHENRECHTE,
60 wenn wir zulassen, dass beinahe 20 000 Kinder und Erwachsene in ein Lager
61 gepfercht werden, in dem es nur Platz für maximal 3000 Menschen gibt. Ein
62 Lager, in dem Menschen der Zugang zu grundlegendster Versorgung verwehrt wird.
63 Ein Lager, in dem 20 Personen in einem Container leben müssen und in dem nur
64 drei Ärzte zur Verfügung stehen, um 19 200 Menschen medizinisch zu versorgen.
65 Ein Lager, in dem jede Droge von Opium bis Heroin zu bekommen ist, aber
66 grundlegendste Medikamente kaum erhältlich sind.

67 Es existiert KEINE ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE UND DER MENSCHENRECHTE,
68 wenn wir zulassen, dass Räume kreierte werden, in denen Menschen ihren Körper

69 verkaufen müssen, um zu überleben. Räume die so schrecklich sind, dass Kinder
70 und Erwachsene Alkohol und andere Drogen konsumieren, um ihrem Alltag in dieser
71 Wirklichkeit zu entfliehen.

72 Es existiert KEINE ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE UND DER MENSCHENRECHTE, wenn wir
73 zulassen, dass Menschen gezwungen werden, in einer Umgebung zu leben, die weder
74 für Erwachsene noch für Kinder Schutz und Sicherheit bietet. Das bedeutet,
75 dass Kinder tagsüber schlafen, weil es zu gefährlich für sie ist sich nachts
76 auszuruhen. Das bedeutet auch, dass Kinder sich nachts in ihrem Bereich des
77 Lagers einschließen, um sich vor Angriffen durch im Lager lebende Erwachsene,
78 aber auch vor Übergriffen der Polizei zu schützen.

79 Wenn wir diese Dinge zulassen und akzeptieren, verraten wir die Menschenrechte
80 und damit die Grundwerte auf denen die Europäische Union gegründet wurde,
81 anstatt sie zu achten, zu schützen und zu verteidigen. Wenn wir diese Dinge
82 zulassen und akzeptieren, dann stimmen wir einer Realität zu, in der massive
83 Menschenrechtsverletzungen durch EU Mitgliedsstaaten als eine angemessene und
84 legitime politische Strategie angesehen werden, um gegen Menschen vorzugehen,
85 die auf europäischem Boden um Schutz bitten. Vor dem Hintergrund dessen, was in
86 dem Aufnahmезentrum in Moria geschieht, möchten wir unsere tiefe Besorgnis
87 ausdrücken und eine Warnung an die Entscheidungstragenden und
88 Interessenvertretenden auf allen Ebenen der Europäischen Union aussprechen:

89 Die Europäische Union steht kurz davor, ihr Herz zu verlieren. Sie ist im
90 Begriff, ihre Werte, zu verraten und ihr eigenes Fundament zu zerstören. Wenn
91 wir in einer Gemeinschaft leben möchten, in der die Menschenrechte geachtet und
92 geschützt werden, dann müssen wir JETZT die Notbremse ziehen.
93 Entscheidungstragende auf allen Ebenen müssen sicherstellen, dass
94 Menschenwürde und Menschenrechte, als zwei der Grundwerte der Europäischen
95 Union, innerhalb ihrer Grenzen und durch ihre Politik geschützt, respektiert
96 und gewahrt werden.

97 Durch die Maßnahmen und Politiken, die gegen Vertriebene[6] und Schutzsuchende
98 ergriffen werden, werden die Menschenrechte durch die EU und innerhalb ihrer
99 Mitgliedstaaten massiv gefährdet. Wir sind davon überzeugt, dass eine klare
100 Position gegen die systematische Entrechtung von Menschen, die vertrieben wurden
101 und/oder internationalen Schutz suchen, eine absolute Notwendigkeit darstellt,
102 um eine weitere Untergrabung der Menschenrechte innerhalb der EU und durch ihre
103 Politik zu verhindern.

104 Was wir gegenwärtig erleben ist keine "Flüchtlingskrise". Es ist eine
105 fundamentale Krise der Achtung der Menschenrechte innerhalb der Europäische
106 Union. Was wir erleben, ist nichts weniger als ein Wendepunkt, ein
107 Paradigmenwechsel und eine Bewegung hin zu einer Gesellschaft, in der
108 unbeschreibliches menschliches Leid als ein legitimes politisches Instrument
109 akzeptiert und gewollt wird. Diese Entwicklung ist gefährlich, absolut
110 inakzeptabel und muss sofort beendet werden!

111 **Forderungen:**

- 112 • Die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, als zwei der
113 Grundwerte der EU, müssen innerhalb der EU und durch ihre Politik
114 geschützt, respektiert und gewahrt werden.

- 115 • Schutzsuchende dürfen nicht in geschlossenen Lagern untergebracht werden.
116 Die grundlose Inhaftierung und Internierung kriminalisiert schutzsuchende
117 Menschen und muss sofort beendet werden. Alle EU-Mitgliedsstaaten müssen
118 für Menschen, die internationalen Schutz suchen und/oder empfangen,
119 angemessene und menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen und
120 garantieren.

- 121 • Die Dublin III Verordnung muss vollständig reformiert werden. In Bezug
122 auf
123 die Verteilung von Personen, die internationalen Schutz suchen, müssen
124 das
125 Kindeswohl und die Einheit der Familie mit oberster Priorität behandelt
126 werden. Minderjährige dürfen unter keinen Umständen durch EU-
127 Verteilungssysteme von ihren Familien getrennt werden. Menschen, die
128 internationalen Schutz suchen, müssen die Möglichkeit haben zu
129 entscheiden, in welchem Land sie Asyl beantragen wollen. Mögliche
130 Ungleichgewichte in Bezug auf die Zielländer müssen, unter
131 Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ressourcen der jeweiligen
132 Mitgliedsstaaten, finanziell ausgeglichen werden.

- 133 • Deutschland muss seine Interpretation der Dublin-Verordnung dringend
134 überarbeiten. Gegenwärtig entzieht Deutschland unbegleiteten, von ihren
135 Familien getrennten Kindern systematisch das Recht, mit ihrer Familie zu
136 leben, indem es formale Kriterien und Anforderungen über wesentliche
137 Prinzipien wie die Familieneinheit und das Wohl des Kindes stellt. Viele
138 der Minderjährigen sind gezwungen unter schlimmsten Bedingungen in
139 Griechenland zu leben, obwohl sie Familienangehörige in Deutschland
140 haben.
141 Durch Deutschlands aktuelle Auslegung der Dublin-Verordnung verursacht
142 Deutschland für viele Kinder und ihre Familien unbeschreibliches Leid.[7]
143 2019 lehnte Deutschland 75% aller Anträge aus Griechenland auf
144 Familienzusammenführung ab.[8]

- 145 • Derzeit haben mehr als 3000 unbegleitete Minderjährige keinen Zugang zu
146 angemessener Unterbringung und Betreuung in Griechenland. Sie leben unter
147 katastrophalen Bedingungen auf der Straße, in Lagern für Erwachsene, in
148 Hotspots wie dem RIC in Moria oder werden inhaftiert. Sie müssen
149 unverzüglich aus Griechenland evakuiert werden. Deutschland hat freie
150 Kapazitäten in geeigneten Unterkünften für unbegleitete Minderjährige.
151 Wir
152 schließen uns den Forderungen des Bundesfachverbands für unbegleitete,
153 minderjährige Flüchtlinge (BumF e.V.) und weiteren Akteuren an und
154 fordern, dass Deutschland diese Kinder und Jugendliche schützt und 1000
155 unbegleiteten Minderjährige aufnimmt.[9]

- 156 • Es müssen sichere, leicht zugängliche und legale Fluchtwege geschaffen

157 werden!Der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Migranten
158 hat bereits 2017 beschrieben, wie diese umgesetzt werden könnten.[10]

159 • Die Kriminalisierung von Seenotrettungsmissionen muss unverzüglich
160 eingestellt werden. Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen ihre
161 staatliche Seenotrettung im Mittelmeer wiederaufnehmen.

162 • Das EU-Türkei Abkommen vom 18. April 2016 muss sofort beendet werden. Die
163 Türkei ist gegenwärtig kein sicherer Drittstaat für Menschen, die
164 internationalen Schutz suchen.

165

166 [1] Wenn wir über die Situation in Griechenland/Lesvos/Moria sprechen, beziehen
167 wir uns auf geografische Räume, die durch politische Interessen und
168 Entscheidungen aller EU Mitgliedsstaaten zu einer Bühne für
169 Menschenrechtsverletzungen werden. Wir sind davon überzeugt, dass alle EU-
170 Mitgliedsstaaten, insbesondere diejenigen, die häufig als Zielländer
171 bezeichnet werden, ein Interesse an den Menschenrechtsverletzungen haben, die
172 auf griechischem Boden begangen werden. Folglich betrachten wir die
173 Menschenrechtsverletzungen in Griechenland als eine gemeinsame Entscheidung
174 aller EU Mitgliedsstaaten und sehen deren Vertretende in der Verantwortung für
175 das menschenverachtende Resultat.

176 [2] Siehe Human Rights Council: Report of the Special Rapporteur on the human
177 rights of migrants on a 2035 agenda for facilitating human mobility. Thirty-
178 fifth session; 6-23 June 2017. Agenda item 3. Seite 16.

179
180 [3] Siehe Human Rights Council: Report of the Special Rapporteur on the human
181 rights of migrants on his mission to Greece. Thirty-fifth session; 6-23 June
182 2017. Agenda item 3. Seite 9.

183 [4] Siehe PRO ASYL/ RSA: Albtraum Moria. Online verfügbar unter
184 <https://www.proasyl.de/news/albtraum-moria/>, zuletzt geprüft am 26.01.2020.

185 [5] Siehe ebd.

186 [6] Mit dem Hinweis auf Vertriebene, möchten wir betonen, dass auch für
187 Menschen, die nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und/oder
188 das New York Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge fallen,
189 Mobilität Überleben bedeuten kann. Die lang andauernde wirtschaftliche
190 Ausbeutung des Globalen Südens durch den Globalen Norden hat in vielen Ländern
191 des globalen Südens dazu geführt, dass das Zusammenspiel von Wirtschaft, Staat
192 und Gesellschaft völlig zerstört wurde. Unabhängig davon, ob die Ursachen
193 Verfolgung, bewaffnete Konflikte, Ausbeutung oder Resultate des Klimawandels
194 sind, muss es für fliehende Menschen sichere Zugänge und Möglichkeiten des
195 legalen Aufenthalts in anderen Ländern geben.

196 [7] Für eine detaillierte Analyse siehe PRO ASYL/ RSA (2019) Refugee Families
197 torn apart. Online verfügbar unter: [https://www.proasyl.de/wp-](https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Refugee-Families-torn-apart_legal-note.pdf)
198 [content/uploads/Refugee-Families-torn-apart_legal-note.pdf](https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Refugee-Families-torn-apart_legal-note.pdf) , zuletzt geprüft am
199 06.12.2019.

200 [8] Siehe ERCE (2019): Germany rejects 75% of greek requests for family
201 reunification. Online verfügbar unter: [https://www.ecre.org/germany-rejects-75-](https://www.ecre.org/germany-rejects-75-of-greek-requests-for-family-reunification/)
202 [of-greek-requests-for-family-reunification/](https://www.ecre.org/germany-rejects-75-of-greek-requests-for-family-reunification/), zuletzt geprüft am 06.12.2019.

203 [9] Für weitere Informationen siehe: Bundesfachverband unbegleitete
204 minderjährige Flüchtlinge e.V. (BumF e.V.): Call to Action: Kampagne
205 #WirHabenPlatz. Online verfügbar unter: [https://b-umf.de/p/call-to-action-](https://b-umf.de/p/call-to-action-kampagne-wirhabenplatz/)
206 [kampagne-wirhabenplatz/](https://b-umf.de/p/call-to-action-kampagne-wirhabenplatz/) , zuletzt geprüft am 12.12.19; Flüchtlingsrat
207 Niedersachsen (2019): Wir haben Platz-geflüchtete-Minderjährige aus
208 Griechenland aufnehmen- noch vor dem Winter! Online verfügbar unter:
209 [https://www.nds-fluerat.org/aktionen/kampagnen/wir-haben-platz-gefluechtete-](https://www.nds-fluerat.org/aktionen/kampagnen/wir-haben-platz-gefluechtete-minderjaehrige-aus-griechenland-aufnehmen-noch-vor-dem-winter/)
210 [minderjaehrige-aus-griechenland-aufnehmen-noch-vor-dem-winter/](https://www.nds-fluerat.org/aktionen/kampagnen/wir-haben-platz-gefluechtete-minderjaehrige-aus-griechenland-aufnehmen-noch-vor-dem-winter/), zuletzt geprüft
211 am 07.12.19.

212 [10] Für weitere Informationen siehe: Human Rights Council: Report of the
213 special Rapporteur on the human rights of migrants on a 2035 agenda for
214 facilitating human mobility. Thirty-fifth session; 6-23 June 2017. Agenda item 3.
215 Seite 7.

Begründung

Dieser Antrag behandelt ein Symptom der grundlegenden gesellschaftlichen Frage danach, wie wir in Zukunft leben möchten und welchen Stellenwert wir den Menschenrechten in der Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft einräumen möchten.

Durch die Maßnahmen und die Politik, die gegen Vertriebene und Schutzsuchende ergriffen werden, sehen wir die Wahrung der Menschenrechte durch die EU und ihre Mitgliedstaaten gefährdet. Die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Personen die Minderheiten angehören, gehört zu den Grundwerten auf denen sich die Europäische Union gegründet hat und ist in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verankert. Darüber hinaus heißt es von Seiten des Europäischen Parlaments:

„Die Wahrung der Menschenrechte ist eine der grundlegenden Verpflichtungen der EU. Die EU, die EU-Organe und alle Mitgliedstaaten müssen diese Rechte bei der Umsetzung von Strategien und Programmen wahren.“ [1]

Vor dem Hintergrund der untragbaren Bedingungen, unter denen Menschen auf den ägäischen Inseln festgehalten werden, scheint die EU sich weit von ihren grundlegenden Verpflichtungen entfernt zu haben. Folglich stellt sich an uns als Bürger*innen der EU die Frage, ob die sich abzeichnenden Entwicklungen solche sind, die wir in der EU tolerieren wollen.

Besonders an uns als Student*innenschaften, als Teil der Gesellschaft, stellt sich diese Frage. Als Lernende und Forschende versuchen wir doch zu begreifen und zu diskutieren, für was es sich mit Blick auf eine gute Zukunft lohnt einzusetzen. Dazu sollte auch eine Diskussion der Grundwerte unserer Unionsgemeinschaft gehören und wir sollten daher unsere Universitäten und Hochschulen als Diskussionsräume nutzen, um unsere Gesellschaft mitzugestalten und aufzurütteln.

Der studentische Konvent der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt sowie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg haben sich mit ihren Beschlüssen vom 07.01.2020 und vom 15.01.2020 bereits dazu entschieden, sich dem Positionspapier *EUrope Respect Human Rights NOW!* anzuschließen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn das Positionspapier auch in anderen Konventen, Parlamenten und Räten angenommen werden würde.

In seiner Position *Menschenrechte sind nicht verhandelbar* vom 15.03.2015, hat der FZS beschlossen, sich auf internationaler Ebene verstärkt mit dem Thema der Menschenrechte zu befassen und Studierendenschaften bei ihrem Einsatz für die Menschenrechte zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Dachverband sich zu positionieren und sich entschlossen dafür einzusetzen, dass die Menschenrechte innerhalb der Europäischen Union, besonders mit Blick auf die Situation von Geflüchteten an den EU Außengrenzen, geachtet werden.

Kontakt: Miriam Bernhardt und Katrin Oberhauser
Email: info@EURHRN.de

Online Petition: <http://chng.it/zKjqgp4MF9>

[1] Europäische Parlament: Grundrechte in der Union schützen. Online verfügbar unter <https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/democracy-and-human-rights/fundamental-rights-in-the-eu>, zuletzt geprüft am 26.01.2020.